

Gegen Nationalismus und Rassismus

Klaus Ahlheim setzt seine Buchreihe fort

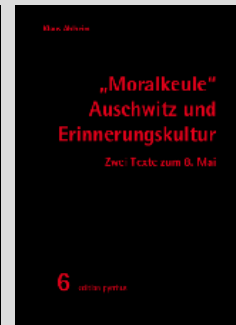
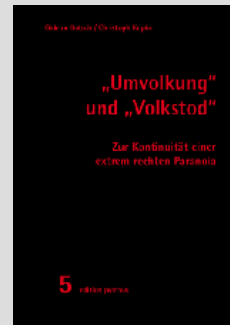
von Alexander Lahner

Der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim hat letztes Jahr die Buchreihe „edition pyrrhus“ gestartet. Ahlheim, der im Jahr 1981 eine Professur für Erwachsenenbildung an der Universität Marburg antrat und im Jahr 1994 mit dem Schwerpunkt politische Erwachsenenbildung an die Universität Essen wechselte, profilierte sich besonders im Bereich der außerschulischen politischen Bildung als prominenter Vertreter einer Pädagogik, die an der gesellschaftlichen Realität und an der vorherrschenden Theorie und Praxis der Bildungsarbeit in aufklärerischer Weise Kritik übt. Auch nach seiner Emeritierung im Jahr 2007 bleibt Ahlheim aktiv und wendet sich gegen dominierende Aufgabenzuweisungen durch den modernen Standortzeitgeist. Er hält an einem Bildungsverständnis fest, das Aufklärungsprozesse in Gang setzen will. Zu verweisen ist hier etwa auf den Sammelband „Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung“, den Ahlheim zusammen mit Johannes Schillo herausgegeben hat (Hannover 2012). Dieser bezieht Position gegen Formierungstendenzen der Bildungsarbeit, die auf Anpassung und Einordnung ins Gegebene setzt. Auch die von Ahlheim herausgegebene Aufsatzsammlung „Kritik, Aufklärung, politische Intervention. Gesammelte Aufsätze zur Erwachsenenbildung“ (Ulm 2016) dokumentiert den Prozess der Verdrängung emanzipatorischer und aufklärerischer Positionen, vom „Beutelsbacher Konsens“ in den 1970er Jahren über die „affirmative Wende“ in der Bildungsarbeit zum Ende des 20. Jahrhunderts bis zur heutigen Bildungspolitik, die der standortpolitischen Globalisierungslogik folgt. Und in dieser Logik gelten Kategorien wie Aufklärung, Emanzipation oder Mündigkeit letztlich als anachronistische Idealismen, ja als kontraproduktive, störende Ideologien.

Ahlheims Buchreihe „edition pyrrhus“ setzt nun seine Bemühungen fort, in kritischer Absicht aktuelle politische und wissenschaftliche Debatten, Trends und Vorgänge auf- und in diese einzugreifen. Zentrales Thema ist dabei die Absage an Nationalismus und Rassismus und die Notwendigkeit einer „Erziehung nach Auschwitz“, wie es im Untertitel zur Startausgabe der pyrrhus-Reihe „Autonomie statt Gehorsam“ heißt – ein Buch, das er zusammen mit seiner Frau Rose Ahlheim verfasst hat. Es folgten letztes Jahr von Hannah Ahlheim Band II „Antisemitismus zum Weihnachtsfest. Boykotte gegen jüdische Geschäfte 1928-1934“ und von Klaus Ahlheim Band III „Beutelsbacher Konsens? Politische Bildung in Zeiten von AfD und Co.“ Dieses Jahr im Frühjahr erschien dann von Johannes Schillo Band IV „Die AfD und ihre alternative Nationalerziehung“ (zu den Bänden I – IV siehe die Rezension bei Auswege von Alexander Lahner „Kritische Pädagogik auf verlorenem Posten? Klaus Ahlheim gibt nicht auf“ vom 25.04.2019). Jüngst sind in der edition pyrrhus die Bände V und VI hinzugekommen.

„Der drohende Untergang des deutschen Volkes, der ‚Volkstod‘, der ‚Rassetod‘ – all dies beschäftigt die extreme Rechte seit vielen Jahrzehnten, vielleicht schon seit weit über einem Jahrhundert. ... Die Fortführung der gegenwärtigen Kampagne der extremen, der religiösen

- **Gideon Botsch/Christoph Kopke: „Umvolkung“ und „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia.** Ulm (Klemm + Oelschläger) 2019, 46 S. (Band V)
- **Klaus Ahlheim: „Moralkeule“ Auschwitz und Erinnerungskultur. Zwei Texte zum 8. Mai.** Ulm (Klemm + Oelschläger) 2019, 57 S. (Band VI)



Soweit nicht anders angegeben, stammen die folgenden Zitate aus den beiden Publikationen (jeweils mit Angabe von Bandnummer/Seitenzahl)

und der populistischen Rechten gegen Zuwanderung, ‚Gender-Wahn‘ und ‚Volkstod‘ ist auch für die Zukunft zu erwarten: biologische, antisemitische und rassistische, aber auch explizit und aggressiv antifeministische Motive sind dabei ein zentraler Bestandteil der Argumentation. (V/39) Mit diesen Worten endet Band V, in dem die beiden Politikwissenschaftler Gideon Botsch und Christoph Kopke den rund hundertjährigen Weg der beiden rechten Topoi „Umvolkung“ und „Volkstod“ nachzeichnen. Dabei widmen sie sich ganz der Frage, wie der Begriff Volkstod, der „seit jeher zum Kernarsenal völkischer Degenerations- und Untergangsszenarien“ (V/13) gehört, im historischen Verlauf verwendet wurde und welchen Konjunkturen und Wandlungen er unterlag.

Sie beginnen mit Oswald Spenglers nach dem ersten Weltkrieg veröffentlichten Werk „Der Untergang des Abendlandes“, dessen Titel für Botsch und Kopke bis zum heutigen Tag paradigmatisch für die rechtsextreme Szene ist. Spengler geht davon aus, „dass die zivilisierten Völker und ‚Rassen‘ bei ihrem Untergang durch ursprüngliche, naturnahe und ‚fruchtbare‘ Völker ersetzt und verdrängt werden“ (V/16), wobei dieses Schicksal für ihn gleichzeitig auch abwendbar ist. Dann nämlich, wenn der geistige Verfall des Volkes und mit ihm der Verfall der Familie gestoppt werde. Dazu müsse insbesondere die Frau zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückkehren, Mutter vieler Kinder zu sein und diese im nationalen Sinne zu erziehen. Aber auch der Mann trägt bei Spengler Schuld, weil er seinen Pflichten, die er für Familie, Volk und Staat hat, nicht nachkommen will. So droht sich nach Spengler die Nation als Gesellschaft „in eine Summe privater Atome aufzulösen, deren jedes aus seinem und dem fremden Leben die größtmögliche Menge von Vergnügen ... ziehen will“ (ebd.). Botsch und Kopke gehen des Weiteren auf Reinhold Lotze ein, der im Jahr 1932 bei Frauen eine Verkümmern der Muttergefühle ausmacht, und auf Friedrich Burgdörfer, der zur selben Zeit von „Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers“ spricht, so auch der Untertitel seines Buches. Entsprechend muss nach Burgdörfer „die Familie als Trägerin, Bewahrerin und Erhalterin der Volkskraft und der Volksgesundheit mit allen Mitteln moralisch und materiell gefördert und gefestigt“ (V/21) und dazu die Bevölkerungspolitik als entscheidendes Politikfeld erkannt werden – wie im Nationalsozialismus dann auch geschah.

Nachdem es nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst eher ruhig um das Volkstod-Szenario war – nicht zuletzt der Babyboom samt der in der Gesellschaft dominierenden Rolle der Frau als

Hausfrau und Mutter nahm zu der Zeit dieser Parole die Stoßkraft –, lebt sie seit den 60er Jahren wieder verstärkt auf. So kritisiert Arthur Ehrhardt im Jahr 1971 die Migration als „beabsichtigte Umwandlung Deutschlands in ein Einwanderungsland“ (V/28), womit in Verbund mit den Debatten um Verhütung, Sexualmoral und Schwangerschaftsabbruch der Volkstod vorangetrieben werde. Und auch Heinrich Schade schlug im Jahr 1982 Alarm angesichts der demographischen Entwicklung des deutschen Volkes (Geburtenrückgang seit Mitte der 1960er Jahre aufgrund von Pillenknick, Frauenemanzipation oder Schwulen- und Lesbenbewegung) auf der einen und der deutschen Fremdarbeiterpolitik auf der anderen Seite. Die Porno-Industrie komplettiert den sittlich-moralischen Verfall.

Nach dem Mauerfall setzen dann die NPD, rechtsextreme Gruppierungen und jüngst auch die AfD die Rede vom Aussterben des eigenen Volkes fort. So sprach etwa Björn Höcke im Jahr 2018 von einem „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ (V/8) und Alexander Gauland warf 3 Jahre vorher der Linkspartei vor, „unterstützt von den übrigen Altparteien ... nun die von ihr schon lange herbeigesehnte ‚Umvolkung‘ Deutschlands einzuleiten (V/7.). Das hier von der AfD deutlich geäußerte Bedrohungsszenario lautet also, in Übereinstimmung mit den zu früheren Zeiten geäußerten Szenarien, dass das deutsche Volk durch sinkende Geburtenraten und gleichzeitiger Aufnahme von Asylsuchenden und Zuwanderung zur Minderheit im eigenen Land und schließlich untergehen werde – und dass dies auch von den politisch Verantwortlichen genau so gewollt und vorangetrieben werde.

Durch das Büchlein wird also deutlich, dass, entgegen verbreiteter Meinung, die Parolen vom Aussterben des eigenen Volkes keine neuzeitliche Erfindung der AfD oder anderer recht(sextrem)er Gruppierungen sind, sondern eine Konstante in Deutschland darstellen und von der AfD und anderen nur aufgegriffen wurden.

Darüber hinaus deuten Botsch und Kopke an verschiedenen Stellen an, dass diese, wie sie es im Untertitel nennen, „extrem rechte Paranoia“ keinesfalls exklusiv dem rechtsextremen Lager zuzurechnen ist. Ob Thilo Sarrazin im Jahr 2010 mit seiner Streitschrift „Deutschland schafft sich ab“, in der er die feindliche Übernahme der deutschen wie der europäischen Heimat durch den Islam propagiert (vgl. V/19), ein sächsischer CDU-Abgeordneter im Jahr 2016, der von „Umvolkung“ spricht (vgl. V/10), oder Äußerungen einer sich selbst als konservativ verstehenden Szene, etwa der sogenannten „Lebensschützern“ (vgl. V/35). All das zeigt, dass Vorstellungen von einem bevorstehenden Untergang des deutschen Volkes auch in demokratischen Diskursen zu finden sind. Könnte man dies noch als einzelne „Entgleisungen“ abtun, werden an anderen Stellen Gemeinsamkeiten unübersehbar: Botsch und Kopke verweisen etwa bei Friedrich Burgdörfer darauf, dass „dessen bevölkerungspolitische Argumentationsmuster bis heute bewusst oder unbewusst in der demographischen Debatte fortwirken“ (V/22). Oder familienpolitische Maßnahmen wie das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld, das für erwerbstätige Eltern mit mittleren und höheren Einkommen einen Anreiz schaffen soll für (mehr) Kinder...

Hier wäre genauer zu untersuchen, was die *substanziellen* Gemeinsamkeiten und Unterschiede der rechtsextremen und demokratischen Diskurse bzw. rechtsextremer und demokratischer

politischer Entscheidungen sind. Was haben die von einem „normalen“ Staatsbürger geäußerten Sorgen vor Überfremdung oder vor Parallelgesellschaften mit den von einem rechtsextremen Staatsbürger geäußerten Sorgen vor dem Untergang des deutschen Volkes gemeinsam und worin unterscheiden sie sich? Was haben der demokratische Volks-Begriff und der rechts-extreme Volks-Begriff gemeinsam? Was haben die von demokratischer und rechtsextremer Seite gleichermaßen vorgetragenen Forderungen nach einer deutschen Leitkultur, nach nationaler Identität und nach einem Nationalbewusstsein, das der neu gewonnenen Stärke Deutschlands gerecht wird, gemeinsam? Wie verhält es sich mit der ganz gewöhnlichen Liebe zur und Sorge um die eigene Nation, die dem demokratischen wie dem rechtsextremen Bewusstsein gleichermaßen zugrunde liegt? Oder mit Blick auf die AfD: Was ist an ihren Anliegen, Positionsbestimmungen und Ideen und an ihrer Nationalerziehung alternativ und was haben sie mit dem herkömmlichen Politikbetrieb und bildungspolitischen Mainstream gemeinsam? Um diese Fragen zu beantworten, müssten nach bester aufklärerischer Manier die jeweiligen politischen Systeme für sich betrachtet und erklärt werden.

In Band VI beschäftigt sich Klaus Ahlheim mit dem veränderten Umgang Deutschlands und der Deutschen mit ihrer NS-Vergangenheit: Weg von Scham- und Schuldgefühlen, hin zu einem unverkrampften, selbstbewussten Verhältnis der Deutschen zu sich und ihrer Geschichte.

Ahlheims zentrale Behauptung lautet, dass das „Schlussstrich-Denken“, das aufgrund Björn Höckes Dresdner Rede und „Vogelschiss-Gauland“ (VI/7) zur Zeit mal wieder für reichlich Aufsehen und Gesprächsstoff sorgt, keine Erfindung irgendwelcher Rechtspopulisten und Rechtsextremer ist, sondern im Gegenteil seinen Ausgangspunkt in der politischen Mitte hat und entsprechend auch in der gesellschaftlichen Mitte verbreitet anzutreffen ist. Die diesem Denken zugrunde liegenden Überlegungen und Überzeugungen sind im demokratischen Zeitgeist entstanden. Um dies zu belegen, hat Ahlheim 2 Texte aktualisiert, die er bereits an früherer Stelle veröffentlicht hatte.

Ahlheim beginnt mit der berühmt gewordenen Rede des Schriftstellers Martin Walser in der Frankfurter Paulskirche im Jahr 1998 über Auschwitz als „Moralkeule“. Walsers Forderung, „dass es mit dem ständigen Erinnern an Auschwitz und an die Nazi-Greuel doch endlich ein Ende haben müsse, ist ja nicht erst jetzt ein gängiges Denk- bzw. Gefühlsmuster an den sprichwörtlichen Stammtischen und darüber hinaus“ (VI/11f.). Walsers Plädoyer, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, ist nicht neu – Ahlheim verweist unter anderem auf Franz-Josef Strauß und Helmut Kohl – und fand breite Zustimmung in Politik und Öffentlichkeit, denn er hatte mit seiner Rede das „weitverbreitete Empfinden der ganz ‚normalen‘ Deutschen ebenso getroffen wie das Selbstverständnis vieler Politiker“ (VI/11). Als Beleg für dieses nationale Selbstverständnis zeigt Ahlheim anhand zahlreicher politischer Erklärungen und Äußerungen auf, dass die Politiker der etablierten Parteien inhaltlich den gegenwärtigen Äußerungen aus AfD-Kreisen in nichts nachstehen, sich lediglich mitunter in der Wortwahl unterscheiden. Und er zeigt anhand empirischer Erhebungen, dass auch in der Gesellschaft die Schlussstrich-Mentalität angekommen ist – quer durch alle Alters- und Bil-


dungsschichten und quer durch das politische Meinungsspektrum hindurch. Ahlheim nennt sie ein „weitverbreitetes, universelles Phänomen“ (VI/32).

Der Grundtenor lautet dabei, dass das ständige Erinnern an die NS-Vergangenheit einem Wiedererstarken Deutschlands im Weg stehe. Denn mit Scham- und Schuldgefühlen könne man nicht die Verantwortung auf der Welt übernehmen, die Deutschland inzwischen für sich beansprucht. So spiegelt das Schlussstrich-Denken das, wie es der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zur gleichen Zeit in seiner Regierungserklärung formulierte, „Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation [wider], die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss“ (VI/11). Deutschland lasse sich, so Schröders Regierungssprecher, „nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren“ (ebd.). Schröder ließ dann auch dieses neue Selbstbewusstsein bald darauf praktisch werden mit der Beteiligung Deutschlands am NATO-Krieg auf dem Balkan.

„Doch Walsers Absage an eine vermeintlich ubiquitäre Erinnerungskultur ist nur die eine Variante der Entsorgung deutscher Vergangenheit“ (VI/19), fährt Ahlheim fort. Die andere Variante besteht darin, dass die „Entsorgung“ einhergeht „mit einer politischen Instrumentalisierung des Erinnerns im Sinne des gesellschaftlichen Status quo, der aktuellen Politik und der eigenen politischen Interessen (VI/21). Hier werden Gedenkroutinen beibehalten und Gedenkstätten gepflegt. Die NS-Vergangenheit wird nicht aus der Erinnerung gestrichen, sondern politisch funktionalisiert: Das Erinnern steht als Ausweis einer moralischen Läuterung, die den gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Status quo legitimiert und die es Deutschland quasi gebietet, als geläuterte Nation im Auftrag des Guten (mehr) Verantwortung auf der Welt zu übernehmen. Ahlheim formuliert das folgendermaßen: „Wir kehren auf die Bühne der Weltgeschichte handelnd zurück – und dieses Mal auf der Seite der Guten.“ (VI/23) Diese neue Rolle in der Welt wird auch allenthalben propagiert. Unisono lautet der Anspruch, dass Deutschland mehr Verantwortung, auch militärische, übernehmen muss. Und das steht, auch darin herrscht Einigkeit, dem, wie es der damalige Bundespräsident Joachim Gauck vor der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2014 formulierte, „besten Deutschland, das wir jemals hatten“, nicht nur zu, sondern ist regelrecht seine Pflicht als wachsender Garant internationaler Ordnung und Sicherheit. So schlug dann auch vor kurzem die Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vor, eine internationale Schutzzone im Norden Syriens zu bilden, an der sich natürlich auch Deutschland beteiligen soll: Das durch den Abzug der amerikanischen Truppen entstandene Machtvakuum muss mit deutscher Verantwortung gefüllt werden – dies der Anspruch der Verteidigungsministerin. Komplementär dazu hat der Bundeswehr mehr Aufmerksamkeit zuzustehen. Entsprechend präsentierte sie sich vor wenigen Tagen, am 12. November, ihrem 64. Geburtstag, in zahlreichen Städten mit öffentlichen Gelöbnissen und Feierlichkeiten.

Für die (historisch-)politische Bildungsarbeit erwachsen aus den Varianten der Vergangenheitsbewältigung verschiedene Aufgaben. Zum einen das kritische Hinterfragen des Schlussstrich-Denkens, zum anderen aber auch das Überprüfen derjenigen Stimmen, die an der Erinnerung an die NS-Vergangenheit festhalten. Denn auch auf diesem Weg kann Deutschland,

wie Ahlheim aufgezeigt hat, „politisch gänzlich frei und handlungsfähig werden und zu neuer nationaler Größe... zurückfinden“ (VI/19 f.). Dann nämlich, wenn die Erinnerung nicht zum Anlass genommen wird, nach der politischen Substanz des Nationalsozialismus und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur Demokratie zu fragen, sondern wenn sie das Bewusstsein festigen soll, dass das heutige Deutschland tatsächlich das von Gauck postulierte beste Deutschland ist, das es jemals gab.

Es kommt eben darauf an, was mit dem Erinnern bezweckt werden soll: Soll in Form von Gedankenroutinen die Unvereinbarkeit von damals und heute aufgezeigt und darüber Deutschland als Führungsmacht legitimiert werden, oder soll reflektiert werden, welche Interessen, Gründe und Zwecke im „Begriff der ‚gewachsenen Verantwortung in der Welt‘“ (VI/20) begründet liegen und welche Merkmale der gegenwärtige gesellschaftliche Status quo, den das Erinnern legitimieren soll, aufweist: Woher er kommt, wohin er geht, wem er nützt, wem er schadet, und wie die Bevölkerung dabei eingepflanzt ist, welche Rollen ihr zugemutet werden und ob diese Rollen zumutbar sind. Letzteres wäre Aufgabe einer politischen Bildungsarbeit, die an Aufklärung festhält. 

Literatur

- Ahlheim, Klaus: Kritik, Aufklärung, politische Intervention. Gesammelte Aufsätze zur Erwachsenenbildung. Ulm (Klemm + Oelschläger) 2016.
- Ahlheim, Klaus/Schillo, Johannes: Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover 2012.
- Lahner, Alexander: Kritische Pädagogik auf verlorenem Posten? Klaus Ahlheim gibt nicht auf. In: Online-Magazin Auswege, 25.04.2019. <https://www.magazin-auswege.de>

Über den Autor

Dr. Alexander Lahner, Jg. 1974, Dipl.-Päd., in Jugendhilfe und Schulsozialarbeit tätig, langjährige Erfahrungen in der politischen Jugendbildung.

Veröffentlichungen:

- Bildung und Aufklärung nach PISA – Theorie und Praxis außerschulischer politischer Jugendbildung. Wiesbaden 2011.
- Über die Notwendigkeit von Aufklärung in der politischen Jugendbildung. In: Journal für politische Bildung. 1. Jg. 3/2011. S. 46-56.
- Aufklärung und politische Jugendbildung. In: Ahlheim/Schillo, Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Hannover 2012. S. 48-62.
- Über den Zusammenhang von Aufklärung, Kritik und erkenntnistheoretischem Interesse. In: Widmaier/Overwien, Was heißt heute Kritische Politische Bildung? Schwalbach/Ts. 2013. S. 162-170.

Kontakt:

lahner.alexander@web.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
antwort.auswege@gmail.com